

Quelle

Atlantik-Brücke

Hoffnung auf alte Harmonie

Amerikaner und Deutsche trafen sich in Berlin

Von Josef Joffe

Berlin, Ende März

Beim vorigen Mal kam Bundeskanzler Schmidt zum Essen; auf dieser, der zwölften deutsch-amerikanischen Konferenz, erschien kein Kanzler. Vielleicht wollte sich Helmut Kohl nach seinem Sieg endlich ein paar ruhige Tage gönnen; wahrscheinlich fehlt ihm auch noch die Vertraulichkeit mit jener transatlantischen Prominenz von Politikern, Publizisten, Bankiers und Ministerialbürokraten, die sich nunmehr seit einem Vierteljahrhundert um den Bestand der deutsch-amerikanischen Beziehung kümmern. **BA**

Aber am vorigen Wochenende hätte Kanzler Kohl sich in Berlin wohl fühlen können. Da war kein Amerikaner - vom stellvertretenden Außenminister Kenneth Dam bis zum Wallstreet-Banker, der nicht den Siegern vom 6. März ein Höchstmaß an politischem Kredit einräumte. Die kühle Pracht des Hotels Intercontinental in Berlin erglänzte denn auch zwei Tage lang im anheimelnden Licht einer verlorengeglaubten Freundschaft, die man nun wieder in den Händen der liberal-konservativen Koalition wohl aufgehoben sah.

Um so mehr, als die potentiellen Störenfriede der wiedererblühten Konkordanz entweder nicht geladen oder nicht erschienen waren. Die wenigen Reagan-Getreuen, die ideologischen Banner-Träger des Präsidenten, übten sich vornehmlich im Zuhören. Und unter den sozialdemokratischen Gästen herrschte ohnehin gedämpfte Stimmung; SPD-Repräsentanten wie Karsten Voigt trugen ihre Nachrüstungs-Kritik mit harmoniebewusster Sanftmut vor. Man blieb unter sich und in der Mitte.

Wahltschlacht im Saale

Da schwang auch Resignation mit. Selbst Nachrüstungs-Kritiker, Deutsche wie Amerikaner, wagten in der vertraulichen Diskussion kaum noch zu hoffen, daß ihnen ein sowjetisches Einlenken in Genf die Stationierung ersparen werde. Die Debatte kreiste hauptsächlich um „wie“, kaum mehr um „ob“. Läßt sich der Beginn der Stationierung im „Schicksalsjahr 1983“ überhaupt gegen den Willen einer entschlossenen Minderheit durchset-

zen, wollten die Amerikaner wissen. „Wenn ja“, so ein gemäßigter Sozialdemokrat, „dann nur mit Hilfe einer vernünftigen Allianzpolitik, die uns gute Argumente gegen die Protestler liefert.“

Woraufhin sich die Deutschen noch einmal vor amerikanischem Publikum eine Wahltschlacht im Saale lieferten: „Wir beeinflussen die öffentliche Meinung“, konterte ein prominenter FDP-Sprecher, „nur fürchte ich, daß wir dabei von der SPD keine Hilfe erwarten können.“ Ein junger Christdemokrat in Richtung SPD: „Es nützt doch nichts, wenn Sie immer nur über den antimuklearen Widerstand in der Bevölkerung lamentieren. Warum kämpfen Sie nicht dagegen?“ Und: „Wir haben keinen Raketen-Wahlkampf gewollt!“ Antwort eines älteren SPD-Professors, frei nach Karl Valentin: „Und wir hätten ihn nicht wollen sollen...“

Auch die Emissäre der Reagan-Administration zeigten in Berlin Einsicht. Richard Perle, im Pentagon für „Internationale Sicherheitspolitik“ zuständig, verkündete in öffentlicher Rede Bemerkenswertes zum Rüstungsgebaren Amerikas, das kaum ins modische Bild von den wildgewordenen Eisenfressern paßt. Heißt Washington die Rüstungsspirale an? „Seit Ende der sechziger Jahre haben wir unser Atom-Arsenal um 8000 Sprengköpfe verringert - 1000 davon in Europa seit 1979. Deren Gesamtzahl war noch nie so klein wie heute. Die Sprengkraft unseres Potentials (Megatonnage) wurde im selben Zeitraum um 75 Prozent gesenkt.“ In der Arbeitsgruppe „Sicherheit“ wollte darauf ein Deutscher wissen: „Worum sagt ihr das erst heute?“

Was die Gäste der Atlantik-Brücke jedoch noch mehr bewegte als SS-20 und Pershing II war die wirtschaftliche Sicherheit. Gemessen an den Gefahren, die Europäern und Amerikanern im Weltmarkt drohten - Stichwort: Protektionismus und weltweite Rezession -, erschien der Nachrüstungs-Komplex geradezu als Problem zweiter Ordnung. Zumal, wie ein führender FDP-Politiker sagte: „Sicherheit bedeutet vor allem Sicherheit für unser Wirtschaftsgefüge.“

Predigt gegen Protektionismus

Auch Horst Schulmann, bis zum vorigen Herbst Staatssekretär der Regierung Schmidt im Finanzministerium, hieb in diese Kerbe. Die Hauptbürde, so der Schmidt-Vertraute, laste auf den Vereinigten Staaten. Es gelte, das amerikanische Bundesdefizit (etwa fünf bis sechs Prozent des Bruttosozialprodukts) herunterzudrücken, um so mit Hilfe sinkender Realzinsen die brachliegende Konjunktur weltweit anzukurbeln.

Charles Mathias, Senator aus Maryland, sekundierte den Deutschen. „Wachstum ist das Grundprinzip unserer demokratischen Ordnung. Nur die stete Vorwärtsbewegung kann Stabilität bewahren.“ Es folgte eine leidenschaftliche Predigt gegen das Übel des Protektionismus. „Wir können den Menschen nicht auf der einen Seite des Atlantiks Arbeit verschaffen, ohne das auch auf der anderen zu tun.“ Der Appell des gemäßigten Republikaners erntete minutenlangen Applaus.

Der Beifall signalisierte nicht nur Begeisterung für eine erbauliche rhetorische Glanzleistung; da bahnte sich auch ein unterschwelliger Strom von jahrelang frustriertem Harmoniebedürfnis den Weg. Seit 1977, dem Amtsantritt der Carter-Regierung, haben sich die Tagungen der Atlantik-Brücke und des American Council of Germany im

Zwei-Jahres-Abstand mit der Routine eines Scheinbar erlösen deutsch-amerikanischen Konflikts beschäftigt. Mal ging es um Atom-Exporte und Weltraumforschung, dann um die rechte Menschenrechts- oder Ernährungspolitik, schließlich um Cruise Missiles und Dollarzinsen. Am vorigen Wochenende in Berlin ging man mit Trippescharten wieder aufeinander zu. Wenn nicht aus gemeinsamer Einsicht, dann zumindest aus gemeinsamer Erschöpfung.